

Niederschrift über die  
Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses am 03.12.2018  
Ort: im Sitzungssaal des Landratsamts in Waiblingen, Alter Postplatz 10 in 71332 Waiblingen

Öffentlich

Anwesend:

Der Vorsitzende: Landrat Dr. Siegel

Die Ausschussmitglieder:

Kreisräte/innen:

Jäger (bis 16:44 Uhr), Beutel, Heis- (CDU)

senberger, Hundt, Metzger, Theile

Riedel, Schäf, Wörner, Berger (SPD)

Ulrich, Dannenmann, Ostfalk, Heid (Freie Wähler)

Dr. Fleischer, Sturm, Härtner (GRÜNE)

Hofer (FDP-FW)

Heide (AfD/Unabhängige)

Bezler (Linke/ÖDP)

Entschuldigt:

Häußermann (CDU)

Wilhelm, Treiber (FDP-FW)

Ferner:

Finanzdezernent Geißler

Erster Landesbeamter Kretzschmar

Verkehrsdezernent Dr. Zaar

Herr Hein, Leiter Straßenbauamt

Herr Frank, Fachbereichsleiter (Top 2)

ÖPNV (Top 1)

Herr Schäufele, Amt für Umwelt-  
schutz (Top 3)

Herr Menzel, Geschäftsführer Ener-  
gieagentur Rems-Murr (Top 3)

Weitere Mitarbeiter/innen

Presse

Der Schriftführer:

Kreisinspektorin Zaiss

Beginn der öffentlichen Sitzung 14:30 Uhr

Ende der öffentlichen Sitzung 17:11 Uhr

Niederschrift Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 2

Öffentlich

## § 1

### Beratung des Haushaltsplanentwurfs 2019

#### Drucksache 2018/042

Landrat Dr. Sigel führt aus, dass im Mittelpunkt dieser Sitzung der Haushalt stehe. Der ÖPNV mache im Bereich des Haushaltes auch einen Batzen aus. Außerdem sei eine Latte an Anträgen gestellt worden. Auf die Beantwortung der Anträge würde man im Nachgang eingehen. Landrat Dr. Sigel verweist nochmals darauf, dass in diesem Ausschuss beschlossen wurde, dass die Präsentationen nicht mehr in Papierform auf den Tischen ausgelegt werden. Wenn die Präsentation, aufgrund der Entfernung nicht gelesen werden könne, solle man sich an Frau Zaiss oder Frau Geprägs (Kreistagsgeschäftsstelle) wenden, diese haben einige Exemplare dabei.

Kreiskämmerer Geißler stellt die Eckdaten zum Haushaltsplanentwurf 2018 (Folien 1-5) anhand einer Präsentation vor, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist.

Landrat Dr. Sigel fügt hinzu, dass es eine Änderung im Jugendhilfeausschuss gab. 800.000 Euro welche für die Kindertagespflege, sprich für die Tageseltern vorgesehen sei, gebe es für die Kinder eine Erhöhung um etwa 1 Euro. Man habe dies noch mit einem Sperrvermerk versehen, damit man es in Ruhe aufarbeiten und dann nächstes Jahr im Jugendhilfeausschuss abschließend beraten könne.

Verkehrsdezernent Dr. Zaar erläutert die weiteren, in die Zuständigkeit des Umwelt- und Verkehrsausschusses fallenden, Teilhaushalte anhand der Präsentation (Folien 6-11), die dem Original der Niederschrift beigelegt ist.

Landrat Dr. Sigel fügt hinzu, dass die in 2018 verfügbaren 6 Millionen Euro für Kreisstraßen gut verbraucht wurden. Der Dank gehe an Herrn Dr. Zaar und sein Team welches sehr engagiert arbeitet. Der Radverkehr sei auch gestärkt worden. In Zukunft werde man nach außen noch sichtbarer machen, wo und was man leiste, damit die Bevölkerung wisse, für was die Mittel eingesetzt werden.

Niederschrift Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 3

Öffentlich

Kreisrat Ulrich fragt nach, was man denke, wie lange es dauert, bis der investive Anteil der Radwege nach oben gehe.

Verkehrsdezernent Dr. Zaar erläutert, dass er denke, dass es nächstes Jahr schon nach oben gehe, da man für das nächste Jahr schon einige Radwegmaßnahmen vorgesehen habe. Die Zustands- und Erhaltungserfassung umfasse naturgemäß nur bestehende Radwege.

Landrat Dr. Sigel berichtet, dass bis zu 2 Millionen Euro eingeplant wurden und man diese auch umsetze. Man wolle auch Fördermaßnahmen nutzen und nutzbar machen, damit durch entsprechende Fördergelder dies auch Co-finanziert werde. Man habe auch zwei Machbarkeitsstudien für Schnellradwege in Planung. Was dann an Investitionen komme, gelte es auch mit dem Land abzustimmen, da noch nicht klar sei, wie dies finanziert werde. Man gehe allerdings nicht davon aus, dass die Schnellradwege komplett aus den Kreishaushalten finanziert werden müssen.

Kreisrat Jäger macht darauf aufmerksam, dass man auch das Personal berücksichtigen solle, wenn man den Straßenbau intensiviere, nur weil Mittel zur Verfügung stehen. Mehr Arbeit mit gleich viel Personal gehe auf Dauer nicht.

Landrat Dr. Sigel verweist auf die Mitarbeiterin Frau Fischer, die im Rahmen einer Personalgewinnungsmaßnahme angeworben werden konnte. Die Stelle von Frau Fischer sei eine zusätzliche Ingenieurstelle. Man habe die Mitarbeiterin selbst ausgebildet und übernommen. Man wolle nicht auf Kosten des Personals arbeiten, sondern mit dem Personal und die Dinge gut bewältigen.

Verkehrsdezernent Dr. Zaar führt die Präsentation weiter aus und geht auf das Thema Schülerförderung ein.

Kreisrätin Sturm kann den Anstieg von 6 Millionen Euro auf 10,5 Millionen nicht nachvollziehen.

Herr Frank (Fachbereichsleiter ÖPNV) erklärt die Steigung so, dass die Differenz von 4 Millionen Euro deshalb entstehe, da man vom Land 4 Millionen Euro Ausgleichsleistungen für die verbilligten Schülermonatskarten bekomme (§ 45 a PBefG). Früher sei das Geld vom Land direkt an die Busunternehmen geflossen, seit diesem Jahr bekommen es die Aufgabenträger. Dieses Geld gebe man

Niederschrift Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 4

Öffentlich

aber sofort wieder aus, da es ohne Abzüge wir früher an die Busunternehmen weitergeleitet werde. Daher der Anstieg, unter dem Strich bleibe alles beim Alten, nur die Zahlungsflüsse würden sich ändern.

Landrat Dr. Sigel fasst zusammen, dass die 4,5 Millionen Euro ein durchlaufender Posten, nach dem Personenbeförderungsgesetz, § 45a sei, also Mittel, welche man einmal durchreicht.

Verkehrsdezernent Dr. Zaar führt die Präsentation weiter aus.

Landrat Dr. Sigel ergänzt, dass immer klar gewesen sei, dass die Tarifzonenreform im Gleichklang wie die Investition im System laufe, so dass alles perspektivisch auch funktioniere.

Verkehrsdezernent Dr. Zaar führt die Präsentation weiter aus.

Kreisrat Riedel fragt nach, wie es mit dem Thema stehe, über welches man seit 20 Jahren diskutiere. Ein weiteres Gleis auf der Rems-Schiene, welche uns eine Entflechtung bringen würde.

Verkehrsdezernent Dr. Zaar berichtet, dass man für den Ausbau der Rems-Schiene weiterkämpfen werde. Beim Bundesschienenbau dauere es aber oft Jahrzehnt bis etwas gemacht werde. Auch wenn die Rems-Schiene ausgebaut würde, würde das die derzeitigen Probleme insbesondere mit den S-Bahnverspätungen nicht lösen.

Verkehrsdezernent Dr. Zaar führt die Präsentation weiter aus.

Im Anschluss werden dem Ausschuss die vorliegenden Anträge in den einzelnen Folien (12-32) vorgestellt. Die Präsentation ist dem Original der Niederschrift beigelegt.

Der Antrag der FDP-FW-Fraktion

die Mitgliedschaft bei der Gütegemeinschaft Mittelstandsorientierte Kommunalverwaltungen e.V. zu beantragen und eine RAL-Zertifizierung durchzuführen

Niederschrift Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 5

Öffentlich

wird zur Kenntnis genommen. Die Verwaltung wird ein Konzept bezüglich der Zertifizierung ausarbeiten.

Landrat Dr. Sigel führt aus, dass der nächste Antrag der SPD-Fraktion – Der Zuschuss des Landkreises für den Erwerb eines Jahres-Job-Tickets wird ab 1. Januar 2019 auf 30 Euro erhöht. – zusammengefasst werde, mit dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sei weitergehender, daher werde über diesen auch abgestimmt und beinhalte dann quasi den Antrag der SPD.

Kreisrätin Dr. Fleischer sieht es als notwendig an, die Auszubildenden zu unterstützen. Man brauche Azubis, um die Verwaltung mit jungen Leuten aufzufüllen. Durch solche Unterstützungen werde man zu einem attraktiven Arbeitgeber, auch im Hinblick auf die Arbeitslosigkeit. Eine 50-prozentige Bezuschussung sei für die Arbeitnehmer/innen wichtig, welche einen weiteren Weg zur Arbeitsstelle haben. Für diese reiche eine Bezuschussung von 25 Euro – 30 Euro nicht aus, für welche die nahe am Landratsamt wohnen sei dies aber besonders attraktiv. Beim Klimaschutzhandlungsprogramm habe man gesehen, dass nur 13 Prozent der Mitarbeiter mit dem ÖPNV zur Arbeit pendeln.

Kreisrat Heide fragt nach, ob sich der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf die Arbeitnehmer des Landratsamtes und der Antrag der SPD Fraktion auf alle Fahrgäste beziehe. Außerdem wolle es wissen, ob die Mitarbeiter des Landratsamtes Rems-Murr-Kreis so wenig verdienen, dass eine Bezuschussung notwendig sei.

Landrat Dr. Siegel führt aus, dass beide Anträge sich auf die Mitarbeitenden des Landratsamtes bezögen. Mit der Höhe des Gehaltes hätten die Anträge wenig zu tun. Auch immer mehr Firmen seien daran interessiert, mehr Arbeitnehmern den ÖPNV schmackhaft zu machen.

Kreisrat Riedel führt aus, dass sich die SPD-Fraktion dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vollinhaltlich anschließen könne. Man werde den Antrag mit einer Anmerkung unterstützen. Es sei jetzt so, dass die, die 1 Zone haben, sich unwesentlich besserstellen. Diese bekommen dann 0,35 Euro mehr. Man solle sich daher fragen ob es nicht fairer sei, zu sagen, dass mindestens 30

Niederschrift Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 6

Öffentlich

Euro bezuschusst werden.

Landrat Dr. Sigel ergänzt, dass eine Lösung gefunden werden solle, welche für alle Betroffene gerecht sei.

Kreisrat Ostfalk schlägt vor, dass man einen pauschalen Betrag festlegen solle. Denn Schüler mit 11 Euro und Azubi zu 50 Prozent zu fördern, sei nicht gerecht. Dann solle man lieber pauschal 30 Euro festlegen.

Landrat Dr. Sigel erklärt, dass die Azubis des Landratsamtes umsonst fahren können und die Arbeitnehmer das Ticket zu 50 Prozent gefördert bekommen würden.

Kreisrat Härtner weist darauf hin, dass man Überlegungen machen müsse, den ÖPNV attraktiver zu machen, für welche die weit weg wohnen. Wenn ein Arbeitnehmer in Murrhardt wohne, sei dies ein weiter Weg zu Arbeit. Diese müsse man dann unterstützen, da viel Zeit auf der Strecke bleibe. Jemand der neben dem Landratsamt wohne, müsse nicht so viel Zeit investieren. Außerdem weist er darauf hin, dass man überlegen müsse, wie viele Parkplätze beim Umbau des Landratsamtes gebaut werden müssen. Pro Parkplatz müssen man ca. 20.000 Euro einplanen. Wenn viele Arbeitnehmer mit dem ÖPNV pendeln, würde man viel Geld für die Parkplätz einsparen.

Kreisrat Jäger bestätigt, dass seine Fraktion den Antrag mit 50-prozentiger Zuschussung so mittrage. Denn Arbeitnehmer mit einem weiteren Anreiseweg, benötigen auch mehr Zeit zur Arbeit. Es sei die gerecht möglichste Lösung, denn jemand von weiter weg hätte schon mehr Kosten und müsse bei der 50-prozent Förderung sowieso selbst noch mehr draufzahlen, als jemand, der nur eine Zone zu fahren habe. Dies sei eine sinnvolle Sache, die das Landratsamt als Arbeitgeber auch attraktiv mache.

Kreisrat Hofer schließt sich an und bemerkt, dass man lange Wegstrecken zur Arbeit fördern solle, nicht nur um auf den ÖPNV umzusteigen, auch deshalb um als Arbeitgeber attraktiv zu bleiben.

Kreisrat Dannenmann trägt bei, dass für den ÖPNV ab dem Jahr 2019 schon viel gemacht werde. Man habe eine Angebotserweiterung in fast allen Bereichen. Alleine die Tarifzonenreform habe

Niederschrift Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 7

Öffentlich

spürbare Preiseffekte. Er findet, man müsse keine großen Sprünge machen. Es passiere einiges im Jahr 2019 für den ÖPNV.

Landrat Dr. Sigel bestätigt, dass man ein attraktiver Arbeitgeber sein wolle und mithin dann den ÖPNV unterstütze. Im Hinblick auf die Parkplatzsituation, sei es ein wichtiger Punkt, dass der ÖPNV attraktiv gemacht werde. Es sei ein riesen Sprung im Hinblick auf Wertschätzung und Anerkennung der Mitarbeiter und keine Selbstverständlichkeit. Dies würde man an die Mitarbeiter dann auch so weiterleiten.

Kreisrat Beutel fragt nach, ob das Job-Ticket auch für die AWRM und die Kreisbaugesellschaft gelte.

Herr Geißler beantwortet die Frage, dass die AWRM sowie die Kreisbaugesellschaft selbst darüber entscheiden müssen, ob sie ebenfalls diese Regelung übernehmen.

Den weitergehenden Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Erhöhung des Zuschusses zum Firmenticket für die Mitarbeitenden der Landkreisverwaltung ab 1. April 2019

beschließt der Ausschuss mehrheitlich bei 4 Nein-Stimmen:

1. Dem Antrag wird zugestimmt.
2. Den Auszubildenden des Landratsamtes werden ab dem 01.04.2019 die Kosten für ein VVS-Ausbildungsabo aus dem Kreishaushalt vollständig ersetzt.
3. Das Landratsamt bezuschusst die anfallenden Kosten für ein VVS-FirmenTicket ab dem 01.04.2019 allen Mitarbeitenden zu 50 %.

Landrat Dr. Sigel geht über auf den nächsten Haushaltsantrag der SPD-Fraktion für ein Sozialticket für 2-3 Zonen und der Zählgemeinschaft Die Linke/ ÖDP für ein Konzept eines VVS-weiten Sozialtickets.

Niederschrift Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 8

Öffentlich

Kreisrätin Sturm erklärt, dass sie ihren Antrag der Bündnis 90/ Die Grünen-Fraktion nicht wieder aufgerufen habe. Man habe letztes Mal den Antrag, zwecks einer Zone, mit abstimmen lassen. Sie bittet darum, den Antrag – verbundweit eine Zone – wiederaufzunehmen. So habe man zu diesem Thema dann 3 Anträge.

Kreisrat Riedel bestätigt, dass die SPD Fraktion bei ihrem Antrag bleibe. Er wissen, dass man die Zuständigkeit auch auf den Bund und das Land schieben könne und diese dann den Sozialbedürftigen den ÖPNV möglich machen sollen. Da aber in der Region bereits Stuttgart und der Landkreis Göppingen das Sozialticket eingeführt hätten, solle der Landkreis Rems-Murr-Kreis dies ebenfalls einführen. Wenn der Kreis dies beschliesse, werde der Druck auf die Region und den VVS so groß, dass sich Region und Land zu einer gemeinsamen Lösung entscheiden müssten.

Kreisrat Jäger führt aus, dass in den Transferleistungen der Sozialhilfebedürftigen, ein Betrag für den Straßenverkehr oder ÖPNV berücksichtigt sei und der Empfänger dann selbst entscheiden könne, was er damit mache. Die Frage sei dann, ob dieser Betrag ausreichend sei oder nicht, dies sei aber ein anderes Thema. Würde man dem Sozialticket zustimmen, müsse man diesen Betrag eigentlich aus den Sozialleistungen rausrechnen. Denn ein Arbeitnehmer der knapp über der Grenze des Leistungsbezugs stehe und sein Ticket selbst bezahlen müsse, bekäme dann in der Regel weniger als der Sozialhilfeempfänger, dem das Sozialticket bezahlt werde. Schnell entstehe dann eine zwei-Klassen-Gesellschaft. Dies müsse man beachten. Seine Fraktion halte sich an die Verwaltung, dass der Antrag abgelehnt werden müsse.

Landrat Dr. Sigel erläutert, dass man zum 1-Zonen-Antrag der Bündnis 90/ Die Grünen-Fraktion keine ausführliche Erläuterung vorliegen habe, Kreisrätin Sturm aber schon im regen Austausch mit Herrn Dr. Zaar gewesen sei. Man könne als Verwaltung diesen Antrag nicht empfehlen.

Herr Dr. Zaar führt zu dem 1-Zonen-Antrag der Bündnis 90/ Die Grünen-Fraktion nochmals aus, dass der VVS aus 52 Zonen jetzt 5 Zonen gemacht habe. So würden die Kosten für das Sozialticket auch geringer ausfallen. Es sei daher die Bitte gekommen, dies nochmal nachzurechnen, was man auch gemacht habe. Man habe aber keine Tarifreform gemacht, sondern eine Tarifzonenreform. So



Niederschrift Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 9

Öffentlich

bleibe man bei einem Betrag von ca. 1- 2 Millionen Euro hängen. Zuerst habe man 2 Millionen Euro für Sozialschwache Mitmenschen investieren wollen, jetzt habe man 5 Millionen für die ganze Bevölkerung investiert. Man gebe durch die Tarifzonenreform den sozialschwachen Menschen die Möglichkeit, den ÖPNV nutzen zu können.

Landrat Dr. Sigel ergänzt, dass der Landkreis Göppingen noch nicht ganz in den VVS integriert sei.

Kreisrätin Sturm stimmt zu, dass alles was gesagt wurde richtig sei. Grundsätzlich gebe es Zuschüsse für Schüler, Azubis etc. und daher müsse es diese auch für Wohngeldempfänger, Sozialhilfeempfänger etc. geben, bei welchen amtlich festgestellt wurde, dass dieses wenig Geld haben. Ihr Wunsch sei, dass man hin stehen könne und sage, wer es sich leisten könne, bezahle den vollen Betrag, wer nicht, bezahle die Hälfte. So bezahle man nicht mehr aus der „Gießkanne“ sondern nach Bedürftigkeit. Grundsätzlich solle auch der, der weniger Geld habe, alles erreichen können, wo her hin wolle. Natürlich sei man zum Beispiel in Althütte schlechter aufgestellt als in Fellbach. Trotz allem könne man in diesem 1-Zonen-Ring alles erreichen. Was man sonst an Reisewünsche habe, müsse man selbstverständlich selbst bezahlen. Wichtig sei, dass man sich ohne Auto überall hinbewegen könne, wo man hin müsse.

Landrat Dr. Sigel dankt und unterstreicht, dass Kreisrätin Sturm gut erkannt habe, warum dem Kreis dieses Thema so schwerfalle. Vor allem vor dem Hintergrund, dass in letzter Zeit viel passiert sei.

Kreisrat Hofer schließt sich inhaltlich der Argumentation von Herrn Dr. Zaar vollkommen an. Es sei viel nachhaltiger, für die Allgemeinheit günstigere Tarife anzubieten. Dies sei sowohl verkehrswirtschaftlich als auch ökologisch die bessere Lösung ein Angebot für alle zu finden. Man habe dieses Jahr an der Grenze der Belastbarkeit für jeden etwas geschaffen, und diese Leistung wolle er sich jetzt auch nicht zerreden lassen.

Kreisrat Ulrich sagt, dass sich die Meinung seiner Fraktion mit der der Verwaltung decke. Bereits der Name Sozialticket suggeriere, dass der Öffentliche Personennahverkehr nicht sozial sei. Mit allem was man dieses Jahr mit der Gebietserweiterung sowie der Tarifreform erreicht habe, komme es deutlich allen zu Gute. Aus dem Sozialticket ergebe sich das Problem zu entscheiden, wer be-

Niederschrift Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 10

Öffentlich

dürftig wäre und wer nicht. Seine Fraktion fände es schlecht, wenn man hier weiter unterscheidet, deshalb sei man der Meinung, dass man diesen Vorschlag bleiben lassen solle.

Kreisrat Bezler erklärt, dass der Betrag pro Monat, den ein Bedürftiger für den Bereich Mobilität bekomme, sich auf 24 Euro oder 27 Euro belaufe. Nach der Preisreform koste nun ein Tagesticket von beispielsweise Alfdorf nach Fellbach 10,61 Euro. Das heiße, dass man sich mit dem zur Verfügung stehenden Betrag zwei Mal im Monat ein derartiges Ticket bzw. Mobilität leisten könne. Es sei momentan davon auszugehen, dass von den angesprochenen Bedürftigen überhaupt nur 4,9 % den öffentlichen Personennahverkehr nutzen. Bei diesem geringen Anteil könne man den hohen Kostenvoranschlag nicht nachvollziehen. In der Stadt Köln beispielsweise trage sich das Sozialticket weitgehend selbst.

Landrat Dr. Sigel bedankt sich und erklärt, dass das Paket grundsätzlich so berechnet und aufgestellt sei, dass man die Maßnahmen die ergriffen werden müssten, auch durchführen könne. Man sei darauf eingegangen, dass man einkaufen müsse und ähnliches. Allerdings vertraue man den Zahlen vom VVS, der aufgrund der Erfahrung mit Sicherheit validierte und fundierte Zahlen liefere.

Herr Dr. Zaar ergänzt, dass bereits über 50 % der Kosten des öffentlichen Personennahverkehrs vom Staat übernommen werden. In Köln sei auch das Land massiv miteingestiegen, und nur durch diese Unterstützung trage sich das Sozialticket dort nahezu selbst.

Kreisrätin Sturm legt dar, dass im Warenkorb der Grundsicherung diese 30 Euro für Mobilität letztendlich zur freien Verfügung stünden. Der Eine benötige hier etwas mehr Geld, der andere dort. Es sei nicht gesagt, dass man die 30 Euro auch unbedingt für Mobilität ausgeben müsse. Erhöhe man diesen Betrag, so ändere sich nur der Bezug.

Landrat Dr. Sigel schlägt vor zur Abstimmung zu kommen. Er ergänzt, dass im Warenkorb der Betrag von 34,66 Euro für Mobilität vorgesehen sei.

Der Haushaltsantrag der SPD-Fraktion

für ein Sozialticket für 2-3 Zonen,

Niederschrift Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 11

Öffentlich

der Haushaltsantrag der Zählgemeinschaft Die Linke/ ÖDP

für ein Konzept eines VVS-weiten Sozialticket,

der Haushaltsantrag der Bündnis 90/ Die Grünen-Fraktion

für ein 1-Zonen Sozialticket,

werden abgelehnt.

Landrat Dr. Sigel geht auf den nächsten Antrag der SPD-Fraktion (in allen Kantinen der Landkreiseinrichtungen sollen verstärkt regionale und Biolebensmittel verwendet werden) ein und greift auf, dass das folgende Thema bereits behandelt wurde und Herr Kretzschmar die Überlegungen ausführlich vorgestellt habe. Man sei nun dabei, die vom Ausschuss bewilligten 25.000 Euro sinnvoll zu planen. Man werde über den Fortschritt in den Kantinen berichten.

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss nimmt den Beschlussvorschlag der Verwaltung

1. Der Umwelt- und Verkehrsausschuss nimmt den Sachstandsbericht der Verwaltung zur Kenntnis.
2. Über die konkrete Umsetzung von Maßnahmen und deren Erfolg wird die Verwaltung im zweiten Halbjahr 2019 berichten.

zum Antrag der SPD-Fraktion,

in allen Kantinen der Landkreiseinrichtungen sollen verstärkt regionale und Biolebensmittel verwendet werden,

zur Kenntnis.

Niederschrift Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 12

Öffentlich

Landrat Dr. Sigel ruft den nächsten Antrag auf und erklärt, dass man sich mit dem Thema, Beitritt zur Agenda 2030, ausführlich beschäftigt habe.

Kreisrat Riedel führt aus, dass man mit dem Vorschlag mitgehen könne. Man könne so zum Ziel kommen, da es ja bereits schon konkrete Projekte gebe. Es gehe auch darum den Anreiz zu schaffen und sich gegebenenfalls von den bewilligten Mitteln die Förderung zu holen.

Landrat Dr. Sigel ergänzt, dass man nachsteuern könne, falls die Zahlen, Daten und Fakten positiv ausfallen.

Kreisrat Hofer plädiert seinerseits für eine freundliche Ablehnung des Antrags.

Auf Antrag der SPD-Fraktion

Beitritt zur Agenda 2030 und Bereitstellung von jährlich 50.000 Euro für entwicklungspolitische Aktivitäten

beschließt der Umwelt- und Verkehrsausschuss einstimmig:

1. Der Umwelt- und Verkehrsausschuss stimmt zu, dass im Rahmen der Umsetzung des Klimaschutzhandlungsprogramms auch Förderanträge aus dem Landkreis mit entwicklungspolitischem Bezug zum Klimaschutz gefördert werden können.
2. Die Verwaltung berichtet über die Zahl der entwicklungspolitischen Förderanträge, um auf dieser Grundlage ggfs. weitere Maßnahmen abzuleiten zu können.

Landrat Dr. Sigel leitet zum nächsten Antrag über und erklärt, dass sich dieser Antrag mit der Verabschiedung des Klimaschutzhandlungsprogramms erledigt habe. Wenn es gewünscht sei, könne man selbstverständlich doch darüber abstimmen.

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss nimmt zur Kenntnis, dass sich der Antrag der Zählergemeinschaft AfD/Unabhängige

Niederschrift Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 13

Öffentlich

Klimaschutz-Handlungsprogramm:

Ersatzlose Streichung der Maßnahme Stromsparchecker (KSM11)

erledigt hat.

Landrat Dr. Sigel ruft den nächsten Antrag auf und er betont, dass die Vermeidung von Verpackungsmüll auf der Agenda des Landratsamtes stünde und man sich Gedanken dazu mache, um die anfallende Menge an Verpackungsmüll zu reduzieren. Trotzdem empfehle die Verwaltung die Ablehnung des Antrags, da die Verpackungsindustrie im Rems-Murr-Kreis nicht so greifbar sei, dass man etwas erreichen könne. Die Schwerpunkte lägen auch etwas anders, in denen man etwas erreichen könne.

Kreisrat Heide entgegnet, dass im nahen Umkreis beispielsweise die Firma Bosch Verpackungsmaschinen ansässig sei, diese sei nicht einmal drei Kilometer entfernt. Auf Wunsch könne er die Adresse gerne mitteilen. Hier könne man Einfluss nehmen, dass zum Beispiel Verpackungen aus Mischmaterial verschwänden und durch recycelbare Materialien ersetzt werden.

Der Landrat dankt und sagt, dass der Antrag so gemeint sei, dass er sich auf die Beratung für die Gesamtindustrie beziehe. Die Firma Bosch Verpackungssysteme sei eine Einzelfirma und man sei hier zu sehr realistisch, als dass man glaube, dass sich eine Firma wie Bosch beeinflussen lasse, wie man die Maschinen zu bauen habe.

Kreisrat Härtner meint, dass der Antrag vollständig zu unterstützen sei. Der Grundgedanke des Kreisrats Heide sei hervorragend, Verpackungen recycelbar zu machen. Zudem sollen wiederverwertbare Verpackungen im Vergleich zu schädlichen Verpackungen günstiger sein.

Kreisrat Jäger sagt, dass es bei diesem Antrag auch um die Sensibilisierung von Bürgern im Kreis gehe. Wenn man nun die Diskussion auf die Sensibilisierung bereits bei der Herstellung der Verpackung und im Vertrieb ausdehne, dann habe man den Beitrag in hohem Maße erfüllt und die Diskussion könne beendet werden.

Niederschrift Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 14

Öffentlich

Kreisrat Hofer meint, dass das Thema Verpackungen ein Thema sei, dass man nur schwer ablehnen könne. Er erklärt, dass der Verbraucher auf den man setzt, es nicht alleine schaffen könne. Hier werde der Gesetzgeber gefordert, allerdings sei der Landkreis völlig überfordert wenn er sich zum allgemeinen Wirtschaftsberater aufspiele.

Kreisrat Ulrich versteht, dass es wichtig sei, dass auch eine Initiative vom Gesetzgeber komme. Allerdings halte man es für genauso wichtig, dass der Verbraucher sich ändere.

Der Landrat dankt und wendet sich an Kreisrat Heide. Er macht deutlich, dass die Verwaltung und der Ausschuss in der Sache selbst beieinander seien, man suche die gemeinsame Lösung. Ferner sei als Beispiel angebracht, dass für die Remstal Gartenschau in Bezug auf Sauberkeit und Mülltrennung spezielle Müllinseln und Geschirrwägen kommen. Der Antrag sei aber als Beratungspunkt für Industrieunternehmen, wie Bosch, gedacht.

Kreisrat Heide wirft ein, dass die Bürger im Einkaufsladen keine Wahl hätten. Die Veränderung müsse an der Quelle passieren.

Der Antrag der Zählgemeinschaft AfD/Unabhängige

Klimaschutz-Handlungsprogramm:

Beratungsprogramm für Industriebetriebe im Kreis zur Vermeidung von Kunststoffverpackungen

wird abgelehnt.

Landrat Dr. Sigel geht auf den nächsten Haushaltsantrag über. Man sei als Verwaltung ebenfalls ganz bei der Meinung der Antragsteller, ein Kompetenzzentrum für regenerative Energieerzeugung und massive Erhöhung der Energieberatungen von Haushalten einzurichten, doch sei im Rahmen der Verwaltung durch die Klimaschutzstelle sowie die Energieagentur durch die Verwaltung schon viel auf den Weg gebracht worden.

Niederschrift Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 15

Öffentlich

Kreisrat Bezler legt dar, dass sich die Angebote bei der Energieeinsparung auf ein gewisses Standard begrenzen. Man Verwende hier in der Regel schadstoffbelastete Styropordämmungen oder eine neue Pumpe im Haus. Die regenerativen Energien blieben größtenteils unberücksichtigt. Es werde nur beraten, wie CO<sub>2</sub> eingespart werden könne. Hier fehle ihm die Kompetenz, über regenerative Energien beraten werden zu können.

Landrat Dr. Sigel betont, dass man die bereits die Erstberatung für Bürger als auch Handwerker kostenlos angeboten werde. Man sei in diesem Punkt sehr dahinter und kümmere sich darum. Es gebe seitens der Verwaltung bereits viele Angebote, aber man sehe aktuell nicht, wo man noch mehr tun könne.

Kreisrat Härtner findet den Grundgedanken gut. Man solle aber in Zukunft den Fokus auf CO<sub>2</sub> Einsparung legen. So sollen Hausfassaden mit Styropor gedämmt werden und anschließend müsse man eine breite Beratung zum Thema Energie halten.

Kreisrat Riedel meint, dass eben diese Leistung von der Energieagentur kommen müsse. Die Agentur leiste jedoch bereits kostenlose Beratungen zum Thema Pumpenaustausch. Dass dieses Angebot zu wenig wahrgenommen werde, stehe auf einem anderen Blatt. Er schlägt der Verwaltung vor, sie möge prüfen, ob das was die Energieagentur beabsichtigt zu leisten, letztendlich auch geleistet werden könne. Wenn sie es nicht leisten könne, so möge sie bitte zu den Kreisräten kommen und man schaue, dass man diese kompetent mache.

Der Landrat dankt, es ist ihm wichtig eines klarzustellen; man solle die Energieagentur und das was man tue nicht unter den Scheffel stellen. Herr Menzel sei wirklich extrem viel draußen und schaue danach. Er wolle hier als Beispiel ein lokales, großes mittelständisches Unternehmen nennen, das die Energie für ein produzierendes energieaufwendiges Firmengebäude mit Holzpellets gewinne. Man sei auch vor Ort gewesen. Es setze die Überzeugung der Endnutzer voraus, die Verwaltung könne im Grunde nur den Anstoß geben, hier gehe man Schulter an Schulter mit dem Antrag. Man mache aber bereits so viel, dass keine Notwendigkeit für dieses Zentrum gebe. Der Bürger brauche

Niederschrift Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 16

Öffentlich

kein weiteres Energiezentrum, da es bereits auf Baden - Württemberg Ebene ein Kompetenzzentrum für Klimaschutz gebe.

Kreisrat Riedel ergänzt, dass die Antragstellerin selbst sage, dass dies Teil der Energieagentur sein könne. Er ist der Meinung, dass es Teil davon sein müsse.

Kreisrat Ulrich äußert sich, dass er diesen Antrag für komplett überflüssig halte, es sei ein Showantrag. Aufgrund der vielen bereits vorhandenen Anlaufstellen für Energiefragen, dort werde auch das Thema zu CO<sub>2</sub> - Fragen gut behandelt, würde es ihm niemals einfallen, eine weitere Agentur zu unterstützen und finanziell zu tragen.

Kreisrat Hofer sagt, man solle dieses Thema in der Energieversammlung ansprechen. Er wolle, dass jede Fraktion vertreten sei, jedoch kein Vertreter der Zählgemeinschaften.

Landrat Dr. Sigel entgegnet, dass man die Zählgemeinschaften auf jeden Fall einlade, falls ihrerseits Interesse bestünde.

Der Antrag von Die Linke/ÖDP

Einrichtung eines Kompetenzzentrums für regenerative Energieerzeugung und massive Erhöhung der Energieberatungen von Haushalten

wird abgelehnt.

Landrat Dr. Sigel erklärt, dass man sich bezüglich dem Antrag der SPD-Fraktion zur – Umstellung auf LEDs am BSZ Backnang wird in den Jahren 2019 und 2020 vorgenommen (Klimaschutzprogramm S. 8) – mit der Kreisbaugesellschaft unterhalten habe und man könne diese Maßnahmen angehen. Es gebe noch Haushaltsreste, der Umsetzung stünde nichts entgegen.

Kreisrat Heide fragt, ob aktuell Leuchtstoff- oder Glühlampen installiert seien.



Niederschrift Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 17

Öffentlich

Landrat Dr. Sigel antwortet, dass beide Arten verbaut seien. Im Rahmen dieser Initiative würden aber sämtliche Lampen in LED getauscht werden.

Kreisrat Bezler meint, dass es große qualitative Unterschiede bei LED Lampen gebe.

Landrat Dr. Sigel ist überzeugt, dass wenn es zur Umrüstung komme, die Ingenieure die richtigen und passenden Leuchtmittel auswählen.

Dem Antrag der SPD-Fraktion

Die Umstellung auf LEDs am BSZ Backnang wird in den Jahren 2019 und 2020 vorgenommen (Klimaschutzprogramm S. 8)

wurde mehrheitlich bei 1 Nein-Stimme zugestimmt.

Landrat Dr. Sigel erklärt zum nächsten Antrag, dass zum Thema Photovoltaik bereits Beschlüsse zur Investition über 1,4 Mio. Euro verabschiedet wurden. Was die Dachbegrünung betrifft, so müsse man sich einarbeiten.

Die Stellungnahme zum Antrag von Die Linke/ÖDP

Photovoltaik plus Dachbegrünung auf kreiseigenen Flachdachgebäuden

wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen. Ein Bericht soll im Jahr 2019 erfolgen.

Landrat Dr. Sigel legt dar, dass der nächste Antrag – Förderung des Echtzeitinformationssystem an den Haltestellen der Omnibusverkehre – die Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel attraktiver mache, sowie den Komfort verbessere. Besagte Anzeigen seien heutzutage deutlich günstiger.

Kreisrat Dannemann bewertet den Antrag grundsätzlich als gut. Er betont, dass diese Anzeiger wichtiger werden, je weiter man vom Hauptverkehrsnetz wegkomme. Man müsse hier auch an den

Niederschrift Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 18

Öffentlich

Funksystemen der Busse arbeiten, um vor allem im ländlichen Raum, wo der Takt der Verkehrsmittel eventuell halbstündig oder gar noch schlechter sei.

Landrat Dr. Sigel sagt, dass Teil des Breitbandausbaupaketes auch der Ansatz des flächendeckenden 4G Netzes sei. Es gebe leider immer einige kleine Funklöcher.

Kreisrätin Dr. Fleischer stellt sich die Frage, warum man als Kreis Leistungen bringen solle bzw. Geld aufwenden solle für Aufgaben, die eigentlich von Anderen geleistet werden sollten. Sie sehe hier die Gemeinden in der Pflicht, man wisse als Gemeinde am besten, wo man gut wissen sollte, wann der Bus kommt. Jedoch sei die Funktion das wichtigste, denn wenn man es nicht schaffe ein funktionierendes System anzubringen, so sei die Idee gut aber rausgeschmissenes Geld.

Der Landrat dankt und führt aus, dass man nicht den gesamten Betrag übernehmen wolle, er denke an 25 % des Gesamtbetrages. Es ginge hier um den Anreiz.

Auf Antrag der CDU-Fraktion

Förderung des Echtzeitinformationssystem an den Haltestellen der Omnibusverkehre

beschließt der Umwelt- und Verkehrsausschuss einstimmig bei 2 Enthaltungen:

1. Dem Antrag wird zugestimmt.
2. Die Kreisverwaltung wird beauftragt, eine möglichst unbürokratische Förderrichtlinie zu erarbeiten und dem Umwelt- und Verkehrsausschuss zur Abstimmung vorzulegen.

Landrat Dr. Sigel erklärt, dass sich aus seiner Sicht der nächste Antrag ebenfalls erledigt habe, da man dieses Programm mit dem Projekt Umbau bereits beschlossen habe.

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss nimmt zur Kenntnis, dass sich der Antrag der Zählgemein-

Niederschrift Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 19

Öffentlich

schaft AfD/Unabhängige

Klimaschutz Handlungsprogramm:

Streichung der Position 2.2a zum Ausbau der Fotovoltaik auf kreiseignen Liegenschaften

erledigt hat.

Landrat Dr. Sigel führt zum Antrag – Überprüfung Kündigungsmöglichkeiten Verkehrslastenausgleich – aus, dass das Thema bereits bei Herrn Dr. Zaar auf dem Radar sei. Der Verkehrslastenausgleich solle 2020 evaluiert werden.

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss nimmt den Antrag der CDU-Kreistagsfraktion

Überprüfung Kündigungsmöglichkeiten Verkehrslastenausgleich

zur Kenntnis.

Landrat Dr. Sigel leitet auf den nächsten Haushaltsantrag – Temporeduzierung auf den Bundesstraßen B14 und B29 auf durchgehend 100 km/h, sowie in den Tunnelstrecken einheitlich auf 80km/h. Regelmäßige Kontrollen durch den Landkreis – über.

Kreisrat Riedel sagt, dass man grundsätzlich mit dem Vorschlag der Verwaltung mitgehen könne. Er legt weiterhin dar, dass man aus der Umweltzone Stuttgart mit 80 km/h herausfahre und ab kurz vor dem Kappelbergtunnel wieder 100 km/h fahren dürfe. Dies sei sowohl aus umweltschutztechnischen sowie sicherheitstechnischen Gründen Unsinn. Der Kreis müsse sich in solchen Dingen positiv einmischen und an genau solchen Stellen, an denen es vermehrt zu Vorfällen komme, handeln. Aus diesen Gründen müsse das Landratsamt dem Regierungspräsidium diese Tempoänderungen vorschlagen. Kreisrat Riedel wagt die These, dass man von Urbach bis Fellbach oder von Backnang bis Fellbach gleich lange fahren würde, wenn durchgehend ein Tempo beschildert sei, wie wenn auf den Strecken die Geschwindigkeitsvorgabe dauern variere.

Niederschrift Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 20

Öffentlich

Landrat Sigel dankt dem Kreisrat. Er erklärt, dass bei Geschwindigkeitsvorschriften ein ganzes Geflecht von Vorschriften ineinandergreife, wie welche Begrenzung zustande komme. Dieses Thema werde aber auch öfter an das Landratsamt herangetragen.

Kreisrat Hofer möchte wissen, ob Landrat Dr. Sigel dieses Thema mit dem Regierungspräsidium besprechen werde, er solle es als einheitlichen Wunsch vortragen. Er wolle die Gründe des Präsidiums für die Geschwindigkeitsbegrenzungen und wie es zu den Veränderungsvorschlägen stehe wissen, sodass man gut diskutieren könne. Zudem solle es einfach einheitlicher werden, man wolle kein Flickenteppich der Geschwindigkeitsbegrenzungen, da sonst keiner mehr Wisse wie schnell er fahren dürfe.

Landrat Dr. Sigel erklärt, dass dieses Thema bereits einmal vorgetragen wurde, man werde es aber gerne nochmals weiterleiten. Allerdings werde man es als Initiative weitertragen und nicht als einheitlichen Wunsch. Er sagt, dass es Gründe gebe, warum an diversen Stellen unterschiedliche Begrenzungen seien. Er verweist auf das Ende des Tunnels bei Winnenden und die 120 km/h Begrenzung.

Die Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag der SPD-Fraktion

Temporeduzierung auf den Bundesstraßen B14 und B29 auf durchgehend 100 km/h, sowie in den Tunnelstrecken einheitlich auf 80km/h. Regelmäßige Kontrollen durch den Landkreis.

wird zur Kenntnis genommen. Die Verwaltung wird beauftragt, weiterhin regelmäßige Verkehrsüberwachungsmaßnahmen durchzuführen.

Landrat Dr. Sigel erklärt bezüglich des nächsten Antrags, dass Müll- bzw. Plastikvermeidung ein zentrales Thema sei. Man habe mit den Abfallgesellschaften gesprochen und man habe die Bemühungen verstärkt.

Kreisrätin Wörner erfragt, ob es grundsätzlich möglich sei einen Erlass zu erwirken, in dem die Nut-

Niederschrift Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 21

Öffentlich

zung von Einwegplastikgeschirr untersagt werde.

Landrat Dr. Sigel bestätigt, dass zumindest das Landratsamt bzw. der Rems Murr Kreis als Institution seit seinem Wirken bei ausgerichteten Festen immer auf entweder Mehrweg- oder Papiergeschirr zurückgegriffen habe und das auch weiterhin tun werde.

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss nimmt den Antrag der SPD-Fraktion

In allen Einrichtungen und bei allen Veranstaltungen des Rems-Murr-Kreises soll auf Einweggeschirr verzichtet werden, stattdessen soll Mehrweggeschirr verwendet werden.

Das gute Konzept des Geschirrmobils soll besser bekannt gemacht und bei Bedarf ausgebaut werden.

zur Kenntnis.

Landrat Dr. Sigel erklärt zum nächsten Antrag – Ausbau der stationären und mobilen Verkehrsüberwachung – Die Verwaltung legt dem Kreistag im Jahr 2019 ein Konzept zur Erhöhung der Verkehrssicherheit und zur Vermeidung der Lärmbelästigung vor –, dass Herr Böhnke seit diesem Jahr diesbezüglich auch bereits eine breite Maßnahmenpalette am Laufen habe und man die Bemühungen so fortführen werde.

Kreisrat Riedel macht kund, dass man mit dem Vorschlag der Verwaltung so mitgehen könne. Er äußert noch die Bitte, dass man zwei Mal im Jahr über die Brennpunkte im Rems-Murr-Kreis berichte und das dann auch veröffentliche.

Kreisrat Heide sagt, dass am 20. November 2018 im Südwestrundfunk gesagt wurde, dass die höchste Blitzerdichte in Baden-Württemberg sei. Wenn man nun ständig die Geschwindigkeitsbegrenzungen ändere, dann wisse man irgendwann nichtmehr, was zähle und dann fahre man halt einmal die falsche Geschwindigkeit und dann sei man auf einmal 30 oder 50 Euro los.

Landrat Dr. Sigel erklärt, dass es ihm wichtig sei, dass man wisse, dass es bei den Blitzern nicht um

Niederschrift Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 22

Öffentlich

die „Ätsch-Mentalität“ gehe, er versichert, dass man hier wirklich mit Augenmaß unterwegs sei.

Kreisrat Berger meint, dass die sogenannte Mission Zero, nämlich das Ziel, dass es keinen Verkehrstoten mehr gebe, das wichtigste sei. Am Tod eines Verkehrsteilnehmers sei letztendlich immer die Geschwindigkeit schuld. Dementsprechend gehe es bei den Blitzern nicht darum Geld zu vermehren, sondern letztlich nur um die Sicherheit.

Der Antrag der SPD-Fraktion

Ausbau der stationären und mobilen Verkehrsüberwachung – Die Verwaltung legt dem Kreistag im Jahr 2019 ein Konzept zur Erhöhung der Verkehrssicherheit und zur Vermeidung der Lärmbelästigung vor

wird zur Kenntnis genommen. Ein Bericht soll im ersten Halbjahr 2019 erfolgen.

Landrat Dr. Sigel sagt zum nächsten Antrag (Lückenschließung des Radwegenetzes Rems-Murr-Kreis – Berichtsantrag –), dass der Kreis seit Oktober bereits viel auf den Weg gebracht habe und Frau Fischer bereits am Durchstarten und Umsetzen sei. Es gebe bereits auf der Homepage ein Verzeichnis der Radwege.

Kreisrätin Fleischer meint, dass man diesen Weg unterstütze und mitgehen wolle. Man wolle nun Berichte sehen.

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Lückenschließung des Radwegenetzes Rems-Murr-Kreis – Berichtsantrag –

wird zur Kenntnis genommen. Ein Bericht über dieses Thema soll im zweiten Halbjahr 2019 im Ausschuss erfolgen.

Niederschrift Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 23

Öffentlich

Auszüge:

1 Dezernat 1

1 Dezernat 2

1 Dezernat 3

1 Dezernat 4

1 Amt für Finanzen

1 Stabstelle Wirtschaftsförderung

1 Straßenbauamt

1 Umweltschutzamt

1 Landwirtschaftsamt

1 Amt für ÖPNV

1 Haupt- und Personalamt

Niederschrift Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 24

Öffentlich

## § 2

### Standortkonzept für den Straßenbetriebsdienst

#### Drucksache 2018/202

Landrat Dr. Sigel ist es wichtig, dass man dieses Projekt mit dem Gremium gemeinsam entwickle, auf Grundlage des Gutachtens. Man habe letztes Mal deutlich gemacht, dass man grundsätzlich mit dem Vorschlag mitgehe. Allerdings sei man seitens der Verwaltung bei der Auswahl der Standorte etwas anderer Meinung.

Herr Hein begrüßt die Kreisräte und sagt, dass bei der Vorstellung des Standortgutachtens im letzten Ausschuss viele tiefgehende Nachfragen und Vorschläge gekommen seien. Dies freue ihn persönlich sehr. Er habe seinen Kollegen weitergegeben, wie angeregt der Austausch in der Sitzung sei. Es werde als sehr wertschätzend aufgenommen, dass der Betriebsdienst und vor allem die Arbeitsbedingungen so viel Aufmerksamkeit erhalte. Weiterhin sagt Herr Hein, dass er sich in der letzten Sitzung einige Punkte notiert habe, zu denen er heute Stellung nehmen wolle. Der wesentlichste Punkt sei die Wahl des Stützpunktes im Raum Backnang. Die Argumente der Kreisräte seien die der Verwaltung, die Kongruenz der Argumente habe er bereits in der Vorlage ausgeführt. Die Aussage, welche im Gutachten gemacht wurde, nehme man zur Kenntnis. Herr Dr. Hess habe erläutert, wie er zu diesem Ergebnis gelangt sei. Unter Berücksichtigung von Aspekten die im Gutachten nicht, oder nur gering bewertet wurden, für den Landkreis aber einen hohen Stellenwert hätten, halte man Murrhardt für die bessere Wahl. Die wesentlichen Vorteile seien hier die Größe und die damit verbundenen Entwicklungsmöglichkeiten in der Liegenschaft, die weiterhin nutzbaren Ressourcen und die verkehrliche Anbindung. Die grundsätzliche Entscheidung beinhalte damit Weinstadt und Backnang als Hauptstandorte, sowie Breitenfurst und Murrhardt als Stützpunkte. Die Frage der Nachnutzung freiwerdender Liegenschaften sei im letzten Umwelt- und Verkehrsausschuss ein mehrfach genannter Punkt gewesen. Hier sei der Vorschlag, besagte Fragen von der grundsätzlichen Standortwahl zu entkoppeln. Das zu erarbeitende Konzept solle mit viel Raum für Diskussion erarbeitet werden. Mit dem Thema sei im letzten Ausschuss die Frage nach dem Verbleib der bisherigen Mitnutzer der Liegenschaft Schorndorf gestellt worden. Eine alternative Unterbringung dieser werde kein Problem darstellen. Die Gewichtung von Konzept und Referenz im Gutachten nach



Niederschrift Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 25

Öffentlich

Qualität, Organisation und Kosten seien im letzten UVA kritisch hinterfragt worden. Eine Reduzierung der Gewichtung bei den Kosten zugunsten der Qualität ergebe für das Ergebnis, wie er es heute präsentiere, keine Änderungen. Es sei auch die Frage nach der Erreichbarkeit von Strecken im nördlichen Landkreisteil und östlich von Breitenfürst gestellt worden. Mit einem zukünftig, in der Regel unbemannten Stützpunkt, ob in Bartenbach oder Murrhardt sei egal, werde nur hier im Landkreis die Erreichbarkeit auf knapp über 30 Minuten ansteigen. Hierzu wolle er sagen, dass es sich um einen rechnerischen Wert handle und der Wert nur sehr knapp über 30 Minuten liege. Dies gelte nicht für kritische Situationen wie Unwetter oder Winterdienst. In solchen Fällen sei der Stützpunkt besetzt und die Erreichbarkeit liege solide unter 30 Minuten. Der Vollständigkeit halber wolle er auch noch die Bodenrichtwerte im Gutachten nachreichen. Diese seien im letzten Umwelt- und Verkehrsausschuss angefragt worden. Sie lägen bei 60 €/m<sup>2</sup> im Raum Murrhardt und 110 €/m<sup>2</sup> in Schorndorf. Er habe das auch im Protokoll der letzten Sitzung ergänzen lassen.

Er würde sich freuen, wenn man heute den nächsten Schritt in Sachen Standortkonzeption tun könne. Dieser sei die grundsätzliche Festlegung der zukünftigen Betriebsstandorte. Wie angekündigt werde er die Umsetzung des Konzeptes weiter in aller Ruhe und Schritt für Schritt vorantreiben und die Kreisräte bei jedem dieser Schritte einbinden. Die konkreten nächsten Schritte seien eine Auflistung aller notwendigen Hochbaumaßnahmen. Für diese Maßnahmen seien Entwurfsplanungen und Kostenschätzungen durchzuführen. Man erhalte dann im Grunde eine mit dem Kreisstraßenmaßnahmenplan vergleichbare Bedarfsliste von Maßnahmen mit zugehörigem Kostenvolumen. Auch für diese Liste mache eine Priorisierung Sinn. Denn die Maßnahmen, die den Arbeits- und Gesundheitsschutz betreffen, müsse man unbedingt Vorrang einräumen. Unter Berücksichtigung von finanziellen und auch personellen Ressourcen könne dann ein Zeitplan für die Umsetzung erstellt werden. Letztendlich werde erst dieser Zeitplan darüber Aufschluss geben können, wann zum Beispiel Schorndorf überhaupt frei werde. Konkretisieren wolle er heute bereits als erstes Projekt die Erweiterung des Sozialgebäudes in Backnang. Da der Standort der Meisterei im nördlichen Landkreisteil schon früh unstrittig gewesen sei, habe er bereits im Frühjahr eine Entwurfsplanung beauftragt. Die ersten Pläne seien als Anlage der Drucksache beigefügt. Das Projekt solle dringend im Jahr 2019 angegangen werden. Der Bedarf hierfür und der Mehrwert für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter seien enorm groß. Es handele sich unzweifelhaft um das Projekt mit der höchsten Priorität. Sein Plan sei es, das Projekt im Detail im ersten Umwelt- und Verkehrsausschuss des neuen Jahres vorzustellen und Anregungen und Vorschläge der Kreisräte entgegenzunehmen. Als Grundlage

Niederschrift Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 26

Öffentlich

hierfür erhalte man dann natürlich mehr Informationen. Eine Kostenschätzung werde derzeit erarbeitet und werde den Kreisräten dann vorgelegt. Die bei einem Baubeginn im Jahr 2019 voraussichtlich noch abfließenden Mittel seien im Haushalt des Straßenbauamtes berücksichtigt. Die Bauzeit werde, soviel könne Herr Hein schon sagen, fast ein Jahr betragen. Die Nachnutzung werde in Ruhe, aber vom Straßenbau losgelöst geplant.

Landrat Dr. Sigel ergänzt, dass man sich aber keine Sorgen mache, eine gute Lösung zu finden. Bereits nach der Besprechung seien Vorschläge eingegangen.

Kreisrat Jäger bedankt sich. Das Projekt gehe in die Richtung, in der es bei der Beratung hervorgegangen sei. Er erinnere vorsichtshalber daran, vom Standort Murrhardt den Übersichtsplan noch zu organisieren, denn dieser sei der einzige der noch fehle. Er erachtet den Sozialraumbereich für Mitarbeiter als sinnvolle Maßnahme.

Kreisrat Riedel und seine Fraktion schließen sich an. Es sei sinnvoll jemanden auszuwählen der örtliche Kenntnis besitzt. Er fragt an, warum das Planungsbüro zwei Stunden Anfahrtszeit habe und ob es im Kreis keinen Architekten oder Bauplaner gebe, der dieses Projekt umsetzen und bauen könne.

Landrat Dr. Sigel sagt, dass Herr Hein diese Frage eventuell beantworten werden könne.

Kreisrat Härtner schließt sich an. Er erläutert, dass er sich die Pläne angesehen habe. Man habe heute viel über CO<sub>2</sub> Einsparungen geredet, doch wenn er die Technik anschau, welche im Plan stehe, dann sei bezüglich Einsparung nicht viel geplant. Eine regenerative Heizart sei bereits aufgrund der Raumgröße nicht realisierbar. Er bittet darum, dass darauf besonderen Wert gelegt werde, wenn man schon viel Wert auf CO<sub>2</sub> Einsparungen lege.

Kreisrat Metzger schlägt die Neueinstellung von Leuten für den Winterdienst vor. Zudem solle man bedenken, dass es besser sei, dass die Leute für die Winterdienstfahrzeuge im Notfall aus der Gegend stammen sollten.

Niederschrift Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 27

Öffentlich

Kreisrat Beutel erklärt, dass der Standort Schorndorf nicht klein sei, sondern ähnlich groß wie der Standort Weinstadt. Nun stelle sich die Frage, ob die Vorstellungen des Gutachters in Bezug auf die betrieblichen Abläufe so gut seien. Er wolle nicht, dass man, kaum sei der Bau fertiggestellt und eine Großbelastung trete ein, wieder feststelle dass der Standort zu klein sei. Er fragt, ob man in so einem Fall die Abläufe gut bewältigen könne. Er stellt sich außerdem die Frage, ob bereits mit der Stadt Schorndorf kommuniziert worden sei, wie die Überführung der Straßenmeisterei ablaufe sowie die Weiternutzung des Geländes. Diese liege in einem Gewerbegebiet, in welchem die Flächen sehr gefragt seien.

Der Landrat entgegnet, dass dies seinem Selbstverständnis entspreche. Er spricht von der kommunalen Familie, er sehe alle in einem Boot. Man sei im Austausch mit der Stadt, gleichfalls habe man auf die erste Sitzung mit den Kreisräten gewartet. Bereits nächste Woche habe Herr Geißler ein Termin, um das genaue Warum und Weshalb zu besprechen. Die Anregung bezüglich der Sanitäreinrichtungen nehme man sofort mit, man habe ja auch auf die Anregungen im Klimaschutzprogramm viel nachgesteuert. Deshalb berate man sich ja, dass Wünsche zur Sprache kommen und berücksichtigt werden.

Herr Hein antwortet auf die Frage von Herr Riedel, warum der Gutachter aus Niederstetten käme, dass im Vertrag geschrieben sei, dass es sogenannte Grundleistungen gebe. Die Nebenkosten für Anfahrt seien festgelegt. Das heiße, dass er nicht mehr bekomme als ein Planungsbüro, das aus Backnang komme. Die Mehrkosten der Fahrt oder die Zeit seien praktisch Privatvergnügen. Herr Hein erklärt weiterhin, dass er etwas Vorkennntnis aus seiner Zeit im Regierungspräsidium habe. Dort habe er viel mit Planungsbüros zu tun gehabt und die Kenntnis eines solchen Bauvorhabens sei nicht bei vielen vorhanden. Außerdem sei dieser Planer nur für die Entwurfsplanung beauftragt und dass das Bauvorhaben stufenweise durchgeführt werde, es handele sich nicht um einen kompletten Auftrag. Die Kosten seien also nicht höher, wenn das Büro weiter entfernt ist. Zum anderen Thema, dem Einstellen von Leuten für den Winterdienst, sagt Herr Hein, dass sich Arbeitskräfte bereits eher dort bewerben, wo sie wohnen. Man setze sie auch dementsprechend gezielt an den Örtlichkeiten ein, bei denen es sich anbiete. Zu der Frage von Herrn Beutel entgegnet er, dass die Logistik allgemein komplizierter werde, wenn man zwei Standorte zusammenlege ohne eine Verdopplung des zur Verfügung stehenden Platzes zu haben. Ob dies überhaupt durchführbar sei, sei

Niederschrift Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 28

Öffentlich

auf Plausibilität geprüft worden. Dies heiÙe, es seien nicht nur die Fläche zum Aufrüsten und die verfügbaren Stellplätze für die Fahrzeuge, sondern auch die Rangierfläche geprüft worden. Es werde natürlich etwas aufwendiger, wenn es enger werde, doch es sei machbar.

Kreisrat Härtner meint mit Hinweis auf die Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI), dass dies keine Grundleistung sei, sondern eine besondere Leistung. Dies müsse dann auch besonders erwähnt werden. Daher solle man das Energiekonzept auch gesondert darstellen.

Herr Hein stimmt dem Kreisrat zu, meint aber dass er keinen Einfluss auf den Preis habe.

Landrat Dr. Sigel meint, es wäre in diesem Falle wichtig gewesen den Kreistag mitzunehmen. Der erste Schritt sei richtungsentscheidend. Die in dieser Sitzung gegebenen Anregungen würden mitaufgenommen werden. Das positive Votum im Hinblick auf die Rahmenbedingungen für Mitarbeiter nehme man zum Anlass hier aktiv zu werden und zeitnah umzusetzen.

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss beschließt einstimmig den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Die Verwaltung wird auf Grundlage der Ergebnisse der Standortuntersuchung für den Straßenbetriebsdienst im Rems-Murr-Kreis beauftragt, die Konzeption mit Straßenmeistereistandorten in Weinstadt und Backnang, sowie Winterdienststützpunkten in Breitenfürst und Murrhardt weiter zu konkretisieren und eine stufenweise Umsetzung der Konzeption vorzubereiten.

Auszüge:  
Straßenbauamt

Niederschrift Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 29

Öffentlich

### § 3

Erteilung einer Weisung an den Vertreter des Rems-Murr-Kreises für die Gesellschafterversammlung der Energieagentur Rems-Murr gGmbH  
Drucksache 2018/081

Herr Menzel (Geschäftsführer Energieagentur) erläutert die Drucksache anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist.

Landrat Dr. Sigel fühlt sich bestärkt und sehe dies als Rechtfertigung, das Klimaschutzprojekt weiter nach vorne schreiten zu lassen.

Kreisrat Metzger fehlen noch Tipps zum Klimaschutz für die Bürger, die nicht viel Geld kosten. Er sagt, er habe den Energieverbrauch mit neuen Fenstern bereits um 30 % reduzieren können. Man solle günstige Tipps zum Thema Klimaschutz an die Öffentlichkeit bringen.

Kreisrat Bezler dankt für die umfangreiche Arbeit und betont die Wichtigkeit der Arbeit. Er fordert die Diskussion und fragt, wo man noch Potenzial seitens des Kreises sehe.

Kreisrat Heide ist nicht verwundert, dass das Pumpentauschprogramm so wenig nachgefragt werde. Man bekomme seit Jahren keine Pumpen mehr. Eventuell wäre es ratsam, bei den entsprechenden Firmen nachzufragen. Dies sei ein Tätigkeitsfeld das man sparen könne.

Herr Menzel meint, man solle versuchen Ratschläge zu diesem Thema über die Kreissparkasse aufzubereiten. Es werde hier auch mit kleinen Sachen geholfen, genauso solle man auch kleinere Dinge in die Amtsblätter bringen. Es sei für Mieter gar nicht möglich die großen Maßnahmen umzusetzen. Der Kreisrat sieht bei erneuerbaren Energien bei Gebäuden ein großes Potential. Die Zahlen hierfür habe er nicht genau im Kopf, aber nur 10 – 15 % im Bereich der Heizung würden von erneuerbaren Energien betrieben. Es komme dazu, dass viel Anlagen im Betrieb seien, die relativ alt seien und hohen Stromverbrauch haben.

Niederschrift Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 30

Öffentlich

Kreisrat Härtner meint, dass man beim Thema der Wasserpumpen auch die Hydraulik überprüfen müsse, ein Pumpentausch alleine bringe nichts. Man dürfe aber auch nicht nur die klassischen Medien nutzen, sondern solle auch YouTube, Facebook und ähnliches nehmen. Dies sei zunehmend der Bereich in dem sich die Leute informieren. Man müsse schauen auch dort präsent zu sein. In besagten Medien könne man auch Veranstaltungen einstellen.

Kreisrat Winkle dankt. Eine Datenerfassung in diesem Bereich sei wichtig. Eine 100 prozentige CO<sub>2</sub> Neutralität sei anstrebenswert, hier solle man sich gut beraten lassen. Eine zuverlässige Verbrauchserfassung sei wichtig.

Kreisrat Heide stellt die Frage, ob man auch für den Stromverbrauch zuständig sei. Die Stadtwerke Backnang verbaue neomodische Stromzähler, an welchen man nicht sehen könne ob ein kleiner Strom fließe. Dies sei erst ab größeren Mengen sichtbar.

Herr Menzel sagt, dass wenn man im kommunalen Energiemanagement zuständig sei, müsse man sich auch für Strom zuständig fühlen.

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss beschließt einstimmig den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss erteilt dem Vertreter des Rems-Murr-Kreises die Weisung, in der Gesellschafterversammlung der Energieagentur Rems-Murr-Kreis gGmbH der Genehmigung des Finanz- und Wirtschaftsplanes 2019 zu zustimmen.

Auszüge:

1 Dezernat 1  
1 Amt für Umweltschutz  
1 Energieagentur

Niederschrift Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 31

Öffentlich

#### § 4

##### Verschiedenes

Unter dem Tagesordnungspunkt „Verschiedenes“ erfolgten keine Wortmeldungen.

Zur Beurkundung!

Der Vorsitzende:

Die Schriftführerin:

gez.

gez.

Dr. Richard Sigel

Sara Zaiss